

Clan um Janukowitsch

Der geheime Reichtum der ukrainischen Oligarchen

24.02.2014

Die Ukraine könnte jetzt das Geld gebrauchen, das ihre Oligarchen ins Ausland geschafft haben. Der Großteil ihrer Vermögenswerte soll in Österreich, Liechtenstein und Zypern liegen.

Von Hanno Mußler, Jürgen Dunsch und Benjamin Triebe



picture alliance / AP Photo Alte Weggefährten: Rinat Achmetow (l.) und Viktor Janukowitsch, damals noch Premierminister, im Jahr 2004

35 Milliarden Dollar – so viel Geld benötigt die Ukraine nach Angaben ihres amtierenden Finanzministers, um bis zum Jahresende 2015 ihre Schulden und Importe zu finanzieren und dabei nicht zahlungsunfähig zu werden. Entsprechend gut könnte sie das Geld gebrauchen, das ihre Oligarchen in den vergangenen Jahren ins Ausland geschafft haben. Ein prominenter Angehöriger des Clans um den gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch ist dessen Sohn Oleksander. Der frühere Zahnarzt soll nach Schätzungen 370 Millionen, vielleicht sogar mehr als 500 Millionen Dollar angehäuft haben. Berichten zufolge hat sich der Janukowitsch-Sohn in der Schweiz im Rohstoffhandel engagiert, einem beliebten Betätigungsfeld reicher Russen, Ukrainer und Weißrussen.

Konkret wird Oleksander Janukowitsch die Firma Mako Trading S.A. mit Sitz in Genf zugeschrieben. Spuren aus der Ukraine führen auch nach Liechtenstein, Österreich und nach Großbritannien. Nach den Worten von Daniel Thelesklaf, Leiter der Financial Intelligence Unit in Liechtenstein, hat seine Behörde schon seit längerem die im Land registrierte P&A Corp. Trust im Visier. Gesteuert werde sie von einem Anwalt in Österreich, und es bestünden Verbindungen zu einer Gesellschaft in Großbritannien. Diese hält nach den Erkenntnissen in Vaduz die Aktien des luxuriösen Janukowitsch-Anwesens bei Kiew.

Der reichste Ukrainer soll auf der Flucht aus Doneszk sein

Als reichster Ukrainer gilt mit einem auf 16 Milliarden Dollar geschätzten Vermögen Rinat Achmetow. Nachdem er im Jahr 2010 den Wahlkampf des ihm seit Jahrzehnten verbundenen Janukowitsch maßgeblich finanziert hatte, kaufte der Oligarch im April 2011 eine der teuersten Wohnungen der Welt in London. Für ein 2300-Quadratmeter-Apartment im Stadtteil Knightsbridge legte Achmetow 136 Millionen Pfund (165 Millionen Euro) hin. Niemand vor ihm hat jemals im teuren London so viel für eine Wohnung gezahlt. Ende vergangener Woche kursierten nun in London Gerüchte, Achmetow sei auf der Flucht aus Doneszk, wo er als Präsident des Fußballclubs Schachtar und Inhaber von 30 Stahl- und Kohlefirmen verwurzelt und reich geworden ist. Die ukrainische Community in der britischen Hauptstadt mobilisierte eine dreistellige Zahl an Demonstranten, die auf den Straßen von Knightsbridge auf Englisch riefen: „Dein Nachbar ist ein Krimineller.“

Nach Angaben ukrainischer Nichtregierungsorganisationen hat Achmetow auch Verbindungen in die Schweiz, etwa zu den Genfer Firmen Metinvest International S.A. und DTEK S.A. Angeblich schaffte der Zirkel um den abgesetzten Janukowitsch den Großteil seiner Vermögenswerte nach Österreich, Liechtenstein und Zypern. Belastbare Schätzwerte gibt es derzeit nicht. Nach Angaben der Schweizerischen Nationalbank betrugen die Verpflichtungen Schweizer Banken gegenüber Personen und Institutionen in der Ukraine Ende 2012 knapp 1,9 Milliarden Franken (1,6 Milliarden Euro).

Besonders nach einem Umsturz versuchen die Schweiz und Liechtenstein gewöhnlich Vermögen der ehemaligen Machtelite, das sie über Korruption und Ausplünderung des Landes erlangt hatte, zu sperren. Als Hilfe zur Eingrenzung dient die besonders durchleuchtete Kategorie der „politisch exponierten Personen“ (PEP). Vorerst halten sich beide Länder allerdings zurück. Das Außenministerium in Bern teilte auf Anfrage mit, man habe aus der Ukraine bisher keinen Wunsch zur Blockierung von Vermögenswerten erhalten. Für Liechtenstein sagte Thelesklaf, man hoffe im Zusammenhang mit EU-Sanktionen an Namenslisten mit Verdächtigen zu gelangen.

Privatleute dürfen nur noch 4000 Euro ausländischer Devisen erwerben

In Kiew spitzt sich unterdessen die Lage zu. Seit zwei Wochen dürfen Privatleute nur noch für umgerechnet 50000 Griwna (rund 4000 Euro) ausländische Devisen erwerben. Ein Einwohner der ukrainischen Hauptstadt erzählte dieser Zeitung, am Wochenende seien etliche Geldautomaten leer gewesen. Schon seit November 2012 müssen Exportunternehmen 50 Prozent ihrer Devisenerlöse an die ukrainische Zentralbank verkaufen. Mit diesen Devisenkontrollen versucht die Notenbank, ihre schmalen Fremdwährungsreserven von wohl inzwischen weniger als 15 Milliarden Dollar zu schonen. Nach Schätzungen von Goldman Sachs musste die Zentralbank allein im Februar für 6 Milliarden Dollar die heimische Währung stützen. Dennoch hat die Griwna seit Jahresanfang kräftig um 12 Prozent zum Dollar verloren. Gemessen an Schwarzmarktkursen müsse die Währung um weitere 25 Prozent abwerten, heißt es aus Kiew. Während der Aktienindex der Börse Kiew am Montag um 12 Prozent zulegte, gab der Kurs der Griwna um 4 Prozent nach.

Am Markt für Kreditausfallversicherung rechneten die Anleger damit, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Union einen Staatsbankrott der Ukraine verhindern werden. Die Prämien für Versicherungen gegen einen ukrainischen Zahlungsausfall gingen deutlich zurück. Gleichwohl steckt das Land in einer Liquiditätskrise. Die Ukraine muss bis Ende 2015 etwa 16 Milliarden Dollar auf Fremdwährungsschulden

leisten. Die erste Rückzahlung von einer Milliarde Dollar wird schon im Juni 2014 fällig, kurz nach den für Mai geplanten Präsidentschaftswahlen.

Unklar ist, ob bis dahin Steuereinnahmen aus den wirtschaftsstarken Gebieten im Osten und Südosten weiter fließen, obwohl sie sich eher Russland verbunden fühlen. Russland hat schon im Herbst 2013 den Warenaustausch an der gemeinsamen Grenze mit Zollschikanen nahezu zum Erliegen gebracht und einen Kredit über 15 Milliarden Dollar auf Eis gelegt. Es ist auch durchaus möglich, dass der erst im Dezember gewährte Preisnachlass für russisches Erdgas bald gekündigt wird. Die Ukraine ist von russischem Erdgas abhängig. Moskau vereinbarte eine Reduktion um mehr als ein Viertel, behielt sich aber das Recht vor, den Preis jedes Quartal neu zu fixieren.